

# Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Vertriebspreis monatlich 4 Mk., nach unten hin abwärts in der Stadt monatlich 3.40 Mk., auf dem Lande 4.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk., mit Postzuschlag. Alle Postanfragen und Bestellungen sind an den Verleger zu richten. In Folge höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse kann die Zeitung ohne Vorwarnung auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises unterbleiben.



Vertriebspreis 1 Mk. für die 6 getragene Kopierzahl oder deren Raum, Lohndruck 1/2 Pf., Anzeigen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Ermäßigungen. Bestellungen im amtlichen Teil (nur bei Behörden) die getragene Kopierzahl 3 Mk., Nachdruckgebühr 50 Pf., Nachdruckgebühr bis vorläufige 10 Mk. für die Abgabe der durch General-Verordnungen über den Kriegswirtschafts-Verordnungen, jeder Nachdruck erlaubt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden auf oder der Auftraggeber in Rechnung gestellt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Völsig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 145.

Freitag den 24. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Ausnahmegerichte in Sachen werden durch Verfügung des Reichspräsidenten aufgehoben.
- Am 23. und 24. Juni findet in Stuttgart der 5. deutsche Städtekongress statt.
- In Bromberg ist es zu schweren Ausschreitungen gegen die anwesenden Deutschen gekommen. Zahlreiche Juden sind gefoltert worden. Deutsche Bürger sollen dabei schwer mißhandelt, verunehrt und beraubt worden sein.
- Der Nationalrat der Schweiz hat 60 Millionen Franken für den Ankauf von Kriegswaffen für das Jahr 1922 bewilligt.
- Der Völkerbundrat hat als äußersten Termin, bis zu dem ein Vertrag zwischen Polen und Danzig aufgestellt werden muß, den 31. Juli festgesetzt.
- Die britische Regierung hat nach Untersuchung der Sachlage entschieden, daß keinerlei Veranlassung vorliegt, in Berlin wegen des geplanten Bauens eines deutschen leichten Kreuzers Einspruch zu erheben.
- Der amerikanische Arbeiterbund sollte eine Entschleunigung gegenüber einem vollständigen Ausschluß der Japaner und der anderen Orientalen aus den Vereinigten Staaten.

## Unannehmbar!

Die obereschlesische Frage ist an einem entscheidenden Punkt angelangt. Das Reichskabinett hat in den letzten Tagen mehrere Sitzungen über Oberschlesien abgehalten, die Vorkämpfer Englands und Frankreichs sind wiederholt beim Außenminister Rosen erschienen, eine Kommission aus Regierungsräten und Parlamentarier hat sich nach dem Abstimmungsgebiet begeben. Aber diese Vorgänge in Berlin geben nur ein Einzelstadium, um die Frage vor allem, wie sich die Reichsregierung gegenüber dem deutschen Selbstschutz verhalten soll. Das ausschlaggebende Wort haben in der Hauptfrage, in der Entscheidung über die Zukunft Oberschlesiens, die Entente-mächte zu sprechen, und aus bei diesen Mächten ist in den letzten Wochen und Tagen eine auffallende Müdigkeit entsaltet worden. Es wurde ein Aufstellungsvorschlag nach dem anderen bei ihnen beraten — Vorschläge, die, gleichgültig, ob sie den Polen mehr oder weniger günstig gefaßt waren, für Deutschland sämtlich unannehmbar sind.

Besonderes Aufsehen aber mußte es erregen, daß auch der italienische Außenminister Sforza seinen Ehrgeiz damit betriebe, einen solchen Teilungsplan aufzustellen, und daß dieser Plan geradezu darauf angelegt schien, das deutsche Rechtsverständnis auf das Schwert zu jaguen der Polen zu verlegen. Er wollte fast das ganze Industriegebiet in polnische Hände überliefern und Deutschland nur einen kleinen bescheidenen Anteil lassen. Es blieb unverändert, wie gerade aus Italien derartige Gedanken kommen sollten, nachdem sich die italienischen Truppen im Abstimmungsgebiet, der italienische Vertreter in der Opatow-Kommission und die italienische öffentliche Meinung gegen das polnische Unrecht eingesetzt hatten. Man hört jetzt, daß Graf Sforza Gegenleistungen in Aussicht gestellt hat, falls man sich in Berlin seinem Plan fügen, daß er daran denkt, über einen Rückfall Sforzas an Norditalien, über eine Änderung der italienischen Haltung in der Anschlussfrage mit sich reden zu lassen.

Aber auch solche Zukunftsversprechungen können die Beurteilung der Sforzischen Vorschläge nicht ändern. Man weiß in Deutschland, daß das italienische Bedürfnis nach einer gemeinsamen Grenze mit Deutschland, nach einer Verbindung der Donauföderation, die bei einem künftigen Herabfallen Deutschlands vom Reich kommen müßte, mindestens ebenso stark sind, wie das Bestreben Deutschlands, sich mit Österreich zu vereinigen. Es wären also Gegenwerte, die Italien recht billig sind. Und Deutschland würde bei einem Eingehen auf solche Vorschläge das wertvolle Industriegebiet selbst preisgeben, um dem italienischen Außenminister einen innerpolitischen und einen diplomatischen Erfolg zu verschaffen. Beide braucht Graf Sforza dringend, denn man weiß, daß seine Politik sich im Gegensatz zu den Ansichten der Mehrheit des italienischen Volkes befindet. Aber er würde mit einem Schlag zu einer bedeutenden internationalen Persönlichkeit werden, wenn er diese für die Entente so schwierige Frage lösen könnte.

Man sagt, daß sein Plan innerhalb der Entente großen Beifall gefunden hat. Auch das darf nicht irre machen — entspricht er doch ganz den französischen Wünschen. Man muß sich überlegen, welche Zumutung es für die deutsche Politik bedeuten würde, plötzlich auf eine Forderung zu verzichten, die sie stets als eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland betrachtet hat. Mit Recht würde bei einer solchen Wandlung der Rest von Kredit, den die deutsche Regierung im Ausland hat, verloren gehen. Aber darüber hinaus würde eine der Ententemächte, deren Vorkämpfer vor der Annahme des Ultimatums ihr Eintreten für das deutsche Recht auf Oberschlesien versprochen, verleugnet werden.

An solchen Versprechen muß sich Deutschland unbedingt halten, und so auch jener Ententemacht die Möglichkeit zum Zurückweichen erleichtern — das ist die einzige obereschlesische Politik, die Deutschland treiben darf. Am 10. Juli soll der Oberste in Bonifage zusammenzutreffen. Man muß hoffen, daß bis dahin der Ver-

richt der Ententesachverständigen vorliegen wird, auf Grund dessen die Entscheidung über das Abstimmungsgebiet fallen soll. Die Reichsregierung wird bis zu dieser Entscheidung alles zu vermeiden haben, was den Glauben erwecken könnte, sie wäre in der obereschlesischen Frage zum Nachgeben bereit. Die Ausstellungen, die sie dem italienischen Vorkämpfer zu Graf Sforzas Vorschlag gemacht hat, dürfen nicht geeignet sein, einen solchen Glauben zu unterfüttern und man muß daher hoffen, daß sie ihren Zweck erfüllen werden.

## Die Aufgaben der Kommission.

Die zu General Hofer entsandte Regierungskommission besteht aus den Herren Ministerialdirektor Kalljahn, Legationsrat Meyer und Luksch, ferner den Abgg. Köster (Soz.), Pohlmann (Dem.), Schulte (Centr.) Sie soll angeblich nicht den direkten Auftrag haben, Hofer zum Rückzug zu bewegen, sondern lediglich die Lage und die Wünsche der Oberschlesier an Ort und Stelle erforschen. Eine der Abreise vorhergehende Kabinetsitzung beschloß, die geplante Beantwortung der Interpellation über Oberschlesien durch Dr. Rosen im Reichstage um mehrere Tage zu verschieben. Die vom französischen und englischen Vorkämpfer in den letzten Tagen unternommenen Schritte in Berlin wurden besprochen und auch die möglichen Folgen erwogen, die sich im Falle einer unglücklichen obereschlesischen Entscheidung des Obersten Rates für das kabinett Wirtz ergeben könnten. Dr. Wirtz hat seinerzeit die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland gleichsam als Grundlage seiner Amtsführung erklärt. Festgestellt wurde in der Sitzung, daß Vereinbarungen zwischen England und Frankreich zugunsten Deutschlands zustande gekommen sind, und daß durch neue Vorschläge des Generals Hofer an General Henniker vielleicht eine neue Verhandlungsbasis gefunden ist, die zur Säuberung Oberschlesiens führen könnte, so daß es jedenfalls rätlicher sei, zunächst noch ein Stück der nächsten Entwicklung überblicken zu können.

## Die Not in Oberschlesien.

### Hilferuf aus Kattowitz

Nachdem es eine Zeitlang schien, als ob die obereschlesischen Gruben und Werke notdürftig im Gang zu halten seien, und die Arbeiterschaft, soweit sie arbeitsfähig war, Arbeit finden würde, hat sich in den letzten Tagen die Lage verschärft. Infolge der Verteilung sind auf den Gruben und Kohlanstalten die Stapelplätze überfüllt. Die Förderung der Gruben muß eingeschränkt und zahlreiche Kohlenbatterien müssen stillgelegt werden. Einige Kohlenhalben sind bereits in Brand geraten. Aus Hindenburg wird gemeldet: Der von den Insurgenten als Zwangsverwalter der Staatlichen Bergwerksdirektion eingesetzte Direktor Zieloniz steht den Dingen hilflos gegenüber und vermag nur leere Versprechungen zu geben.

Die Zustände beginnen auch auf die Arbeiterschaft einen bedenklichen Einfluß auszuüben. Die Arbeitslust erlahmt mehr und mehr; jegliche Autorität der Betriebsleiter und Meister ist dahin.

Die Stadt Kattowitz hat an den Reichstag und Landtag, an das auswärtige Amt und an andere Stellen einen Hilferuf gerichtet, in dem es heißt:

Eine im allgemeinen polnisch gekannte Miliz soll dafür sorgen, die Bevölkerung weiter unter dem polnischen Schutze zu halten. Finanziell zusammengebrochen, suchen die Arbeiter durch Erpressung von wohlhabenden verschleppten Wägern, durch willkürlich festgesetzte Steuern aller Art und durch Raub und Einbrüche sich Geld zu verschaffen. Diejenigen, von denen Geld nicht zu erpressen ist, werden jämmerlich erschlagen oder mißhandelt. Von einem den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens und des sozialen Verkehrs auch nur einigermaßen gerecht werdenden Eisenbahnverkehr ist keine Rede. Industrie, Handel und Gewerbe stehen infolge vollständigen Mangels an Kohlenstoffen und Absatzmöglichkeiten vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Die Insurgenten setzen ihre Unruhmepherie fort. Dies hindert die polnischen Banden nicht, an vereinzelten Stellen in das von Deutschen besetzte Gebiet vorzudringen. So ließ eine polnische Patrouille, aus angeblich von den Polen gerufenem Gebiet kommend, nach Kattowitz in die Nähe der Siedlerkolonie vor. Dort ließ sie auf einen italienischen Posten. Sie wurde zum Rückzug gezwungen. Aus Schöpsch heraus haben die Polen einen Angriff auf Wiffosa gemacht und griffen die deutschen Schützenlinien bei Wachowitz erfolgreich an.

In Summin und Liffel sind erneut polnische Schützengräben aufgeworfen worden. In Liffel, wo bereits zwei Kompanien Haller-Soldaten lagen, ist ein harter Trupp polnischer Genarmee eingetroffen.

In Lufosne und Kronauway treiben sich polnische Banden herum. In Herzoglich-Bowado haben die Polen in der Nacht vom 18. zum 19. Juni zwei deutsche Linien Wägen verschleppt. In den letzten Tagen sind in Kattowitz aus den Ortsteilen rechts der Oder 500 neue Flüchtlinge eingetroffen. Die Lebensmittel in Kattowitz sind sehr knapp geworden, da der Zutrom an Lebensmittelaufläfern rechts der Oder sehr groß ist. Die Bahnlinie Kattowitz-Königsitz ist von Italienern besetzt. Ein Personenverkehr findet auf dieser Strecke zunächst nicht statt.

In Kreuze Hindenburg haben die Mißhandlungen und Verhaftungen der Deutschen der Zahl nach zwar nach-

lassen werden aber, wo immer sich nur eine Gelegenheit bietet, auch weiterhin rücksichtslos durchgeführt. Die von den autonomen Behörden eingeführte Warenumsatzsteuer wird mit tödlicher Rücksichtslosigkeit eingetrieben. Die beiden Postämter in Hindenburg wurden gezwungen, neue Postmarken-Briefmarken im Betrage von 4000 Mk gegen obereschlesische Briefmarken einzutauschen. Mehrere ältere Postbeamte sind verhaftet worden. Ferner wurden fünf Beamte der obereschlesischen Elektrizitätswerke verhaftet.

## Wieder eine französische Note.

Von der französischen Regierung ist dem deutschen Vorkämpfer in Paris eine Antwortnote auf die Beschwerde der deutschen Regierung übergeben worden, in der die Ausschreitungen der polnischen Insurgenten zwar anerkannt, andererseits aber auch die Haltung des deutschen Selbstschutzes getadelt wird. Es heißt darin:

„In demselben Augenblick, in dem die polnischen Insurgenten durch Taten ihre Bereitwilligkeit erweisen, sich den Beschlüssen der Kommission zu unterwerfen, in dem Augenblick, in dem sie begannen, sich zurückzuziehen und die Waffen niederzulegen, besteht die Gefahr, daß durch das Verhalten des Generals Hofer und der Führer der deutschen Parteil in Oberschlesien die bereits erzielten Ergebnisse auf Spiel gesetzt werden.“

Die deutsche Regierung sollte den General Hofer zu der Einsicht bewegen, daß allein Gehorsam gegen die Interalliierte Kommission am Platze sei.

## Neuer Räumungsplan.

In Opatow fand eine Zusammenkunft zwischen dem englischen Oberkommandierenden General Henniker und dem Leiter des Selbstschutzes General Hofer, statt. Die Zusammenkunft führte zur Vereinbarung der Räumung Oberschlesiens, und zwar zunächst zu einer bestimmten Linie, auf die sich die Insurgenten zurückziehen sollen. Diese Linie geht zwar nicht so weit in den Industriebezirk hinein, wie vom Zwölfersatzschuß verlangt worden war, umfaßt aber noch den Ort Hindenburg. Diese Räumung soll innerhalb 36 Stunden nach Annahme der Vereinbarung durch die Interalliierte Kommission erfolgen. Innerhalb 48 Stunden soll andererseits der Selbstschutz über die Grenze Leobschütz und Kronstadt zurückgehen. Innerhalb 7 Tagen sollen die Insurgenten die Grenze des obereschlesischen Gebietes überschritten haben. Sobald dies erfolgt ist, soll an den weiteren Abbau des Selbstschutzes herangegangen werden. Der Plan umfaßt die Räumung des gesamten besetzten Gebietes mit Einschluß des Kreises Pleß-Rybnitz.

## Die „wahnfinnige“ Politik der Alliierten.

Englische Arbeiter gegen Lloyd George. Bei der Eröffnung der in Brighton stattfindenden 21. Jahreskonferenz der Arbeiterpartei, an der etwa 1000 Delegierte teilnahmen, die 4 257 000 Parteimitglieder vertreten, hielt der Vorsitzende Cameron eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen die Politik Lloyd Georges richtete.

Der Arbeiterführer fragte, welche Berechtigung Lloyd George und seine Freunde zu der Annahme hätten, daß nur sie und nur sie allein in der Lage seien, das Land zu regieren. Die Politik der Koalitionsregierung bedeute, nach ihren Ergebnissen zu urteilen, Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im Handel sehe es schlechter als je. Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei auf die Tatsache zurückzuführen, daß die britische Regierung gemeinsam mit der französischen, italienischen und belgischen versucht habe, einen militärischen Frieden abzuschließen, und daß die Regierungen sich verschoren hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der möglichst wirksam die Mittelmächte dauernd zu Krüppeln mache.

Die große Mehrheit der Arbeiter beginnt zu verstehen, wie schlecht, wie wahnfinnig die Politik der alliierten Regierungen, die in den Reparationsbedingungen des Friedensvertrages zum Ausdruck kommt, ist. Die Bedingungen dieses Vertrages seien Deutschland auferlegt worden mit verhängnisvollen Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und aller Länder der Welt.

Die Arbeitslosigkeit in der Schiffbauindustrie könne in der Hauptsache den Reparationsbestimmungen zugeschrieben werden. Das Ergebnis davon sei, daß heute in den britischen Häfen über eine Million Tonnen Schiffsrumpf still liege und 10 000 britische Werftarbeiter arbeitslos auf die Straße gesetzt seien. Die Schiffsbauer sängen an, zuzugeben, daß die besagte Politik verfehlt war und wünschen, daß die Regierung keine Schiffe mehr von Deutschland annähme und wenn möglich, Deutschland einige der ihm genommenen Schiffe zurückverleihe, weil die Wirkungen der Reparationsbestimmungen die englische Schiffbauindustrie zerstören.

## Die Deckung unserer Verpflichtungen.

### Steuerpläne.

Berlin, 22. Juni.

Im Wiederherstellungsausschuß des Reichswirtschaftsrates nahm der Reichsfinanzrat das Wort zu einer längeren Rede, in der er einen Überblick über das gesamte Finanzproblem gab. Insbesondere beschäftigte er sich mit den neuen Steuerentwürfen, soweit sie bereits im